

Hamburg, 19. November 2016

Erklärung der Landesleitung Nord, MLPD

VW verkündet die Vernichtung von 30.000 Arbeitsplätzen

Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz!

Am vergangenen Freitag verkündete die Konzernspitze von VW die Streichung von weltweit 30.000 Arbeitsplätzen, 23.000 davon in Deutschland und 7000 in Brasilien. Fast 6000 Leiharbeiter sollen für die Profitinteressen ihren Arbeitsplatz verlieren. Gleichzeitig soll mit weniger Beschäftigten die Produktivität in den deutschen Werken um 25 % steigen! Und das in nur 3 Jahren bis 2020.

Noch auf der Betriebsversammlung im März 2016 in Wolfsburg hat VW Vorstandschef Mueller verkündet, *dass von Stellenabbau keine Rede sei...* Unter dem Namen „Zukunftspakt“ soll die Belegschaft beruhigt werden, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen bis 2025 geben soll. Als Beruhigungsspiel wird verordnet, dass für die Digitalisierung und Entwicklung alternativer Antriebe 3,5 Milliarden € investiert werden sollen und damit angeblich mehrere 1000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Dieses rigorose **Ausbeutungsprogramm** auf den Rücken der Arbeiter und Angestellten ist die Fortsetzung der Politik der Abwälzung der VW-Krisenlasten auf die Beschäftigten und Bevölkerung. In Städten wie Wolfsburg, Salzgitter, Emden, Braunschweig, Hannover... „spart“ sich der VW-Konzern schon zig Millionen an Gewerbesteuerzahlungen. Was immer noch als ein *Abgasskandal* heruntergespielt wird, war und ist in Wirklichkeit eine mutwillige, kriminelle und bewusste Gefährdung der Lebensgrundlagen der Menschheit durch den gesteigerten Stickoxidausstoß und auch Kohlendioxid-Ausstoß. Verbunden mit einem Betrug an den Käufern. Gedeckt wird dies durch das Bundesverkehrsministerium und Kraftfahrzeugbundesamt. Bis heute ist keiner der Verantwortlichen im VW Aufsichtsrat und VW Vorstand für das kriminelle Verhalten zur Rechenschaft gezogen worden! Im Gegenteil: sie kassierten weiter Boni-Zahlungen in Millionenhöhe!

Wir Arbeiter müssen unsere eigene Rechnung aufmachen!

Die MLPD ist die einzige Partei, die sich seit Ausbruch der VW Krise ohne wenn und aber mit dem Konzernvorstand und der Bundesregierung angelegt hat. Die Broschüre „*VW Krise - wie Automonopole mithilfe des Staates Milliarden Profite durch höchst kriminelle Machenschaften einstreichen*“ wurde 10.000 fach in der Belegschaft verbreitet. Damit wurden auch die Hintergründe des mutwilligen Betrugs des VW-Konzerns aufgedeckt. Und wir fordern, dass das Verursacherprinzip gelten muss: die Verantwortlichen im Konzern müssen strafrechtlich wie auch für den wirtschaftlichen Schaden zu Rechenschaft gezogen werden und auch persönlich haften. .

Wie selbstverständlich gehen der VW Vorstand, alle bürgerlichen Parteien, Bundes und Landesregierung davon aus, dass die Beschäftigten und Massen die Zeche zahlen sollen. **Warum?** Die Beschäftigten bei VW haben sich nichts vorzuwerfen. Die kriminelle Energie kommt von oben! Arbeitsplätze, das Auskommen für die Familie, eine Zukunft für die Kinder – all das dürfen wir nicht abhängig machen von den trügerischen Versprechungen „*Wenn es VW gut geht, dann geht es allen gut...*“ Die Arbeiter und Angestellten in den VW-Betrieben haben begonnen, ihr eigenes Zukunftsprogramm aufzustellen. In Widerstandskomitees haben sich an verschiedenen VW-Standorten Kollegen und ihre Familien, Umweltschützer, kämpferische Frauen, Jugendliche zusammengeschlossen.

- Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz – das sind wir unseren Kindern schuldig!
- gemeinsamer Kampf für die 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich – Festeinstellung aller Leiharbeiter!
- Jetzt brauchen wir unsere IG Metall als Kampforganisation!

- Her mit einem richtigen **Streikrecht!** Wir bestimmen selbst über unsere Kämpfe, Kampfformen und Aktionen.

Es gilt keine Zeit zu verlieren! Das massive Ausbeutungsprogramm des VW Aufsichtsrats muss vom ersten Tag an zurückgewiesen werden. Das wird letztlich nur organisiert möglich sein und im Kampf. Viele Arbeiter – auch weltweit - schauen jetzt auf die VW-Belegschaft: **Automobilarbeiter** in anderen Konzernen, **Flugzeugbauer** bei Airbus, die auch von einer Ausbeutungsoffensive, verstärkter Wochenendarbeit und gesteigerter Arbeitshetze bedroht sind; **Hafenarbeiter wie Stahlarbeiter**, die angesichts der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und ständiger Vernichtung von Arbeitsplätzen herausgefordert sind. Ihre Solidarität stärkt den gemeinsamen Kampf!

Die MLPD versichert allen Kolleginnen und Kollegen ihre feste Unterstützung, Beratung und allseitige Hilfe für diesen sicher nicht leichten, aber unumgänglichen Weg. Die Arbeiterbewegung braucht in ihren Kämpfen immer auch eine politische Perspektive. Dafür steht die MLPD als linke, revolutionäre und Kraft für den echten Sozialismus!

In einem Aufruf des bundesweiten **Internationalistischen Bündnisses** heißt es: „*Weiter so mit der Politik der Bundesregierung, die immer weiter nach rechts rückt, Armut verschärft und die Interessen der Bevölkerung mit Füßen tritt? Nein Danke! (...) Wir sind ein Zusammenschluss antifaschistischer, klassenkämpferischer, internationalistischer und revolutionärer Organisationen und Einzelpersonen. Menschen aus der Arbeiterschaft, der Frauenbewegung, Umweltbewegte, Internationalisten, Rentner, Jugendliche, Deutsche und Migranten arbeiten mit. Zur Bundestagswahl 2017 werden wir als Internationalistische Liste / MLPD antreten.*“

Stärkt und unterstützt dieses Bündnis. Hier gehören die Anliegen der VW-Arbeiter und ihrer Familien hin! **Unterschreibt für die Wahlzulassung der Internationalistische Liste/MLPD**

Joachim Griesbaum

Landesvorsitzender der MLPD Nord